

zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die gesamteuropäische Entwicklung. **SPIEGEL:** Von einer ungeordneten Insolvenz spricht ja keiner, aber was haben Sie gegen eine geordnete Staatspleite?

Faymann: Alle Experten, mit denen ich rede, sagen mir, dass man zuverlässig eine geordnete Insolvenz nicht versprechen kann. Ansteckungseffekte sind unberechenbar. Das wäre so etwas wie ein Realversuch, und auf den sollten wir uns nicht einlassen.

SPIEGEL: Die Staats- und Regierungschefs verhandeln bereits über das zweite Hilfspaket für Griechenland. Ist es nicht Zeit, den Bürgern reinen Wein einzuschenken und zu sagen: Die Griechen packen es nicht?

Faymann: Ich bin dafür, den Griechen zu sagen, wie sie es schaffen könnten. In den Gesprächen zwischen Athen, der EU-Kommission, dem IWF und der Europäischen Zentralbank werden derzeit alle Möglichkeiten ausgelotet, allen voran die Beteiligung privater Gläubiger.

SPIEGEL: Selbst wenn sich Athen mit den Banken auf einen 80-prozentigen Schuldenschnitt einigt, würden die geplanten 130 Milliarden für das zweite Hilfspaket nicht ausreichen, weil die Griechen mit den Reformen hinterherhinken. Wären Sie bereit, das Hilfspaket noch einmal aufzustocken?

Faymann: Ich möchte den Verhandlungen nicht vorgeifen. Richtig ist aber, dass wir ausloten müssen, welche Reformen realistisch sind. Wir haben ja nichts davon, wenn wir als politisches Ziel die private Beteiligung definieren, und das macht dann niemand. Daher wird derzeit intensiv darüber verhandelt. Bis spätestens Mitte März wird über die nächsten Mittel für Griechenland entschieden. Ich würde allerdings niemandem versprechen, dass wir für Griechenland nicht mehr Mittel brauchen.

SPIEGEL: EU-Währungskommissar Olli Rehn hat am vorigen Donnerstag gesagt, das Hilfsprogramm müsse auf jeden Fall aufgestockt werden. Die privaten Gläubiger könnten daraus den Schluss ziehen, sie müssten sich nicht so stark beteiligen. Fanden Sie Rehns Äußerungen hilfreich?

Faymann: Am hilfreichsten ist es, wenn man zuerst eine Lösung erarbeitet und sie dann vorstellt. Das wäre mir auch in diesem Fall lieber gewesen. Deshalb habe ich mich vorweg nicht festgelegt, wie viele Prozente oder Milliarden ich an welcher Stelle für nötig halte.

SPIEGEL: Der IWF fordert, dass sich auch die EZB am Schuldenschnitt für Griechenland beteiligen soll. Richtig oder falsch?

Faymann: Ich halte das nicht für ausgeschlossen. Aber bevor das Gesamtbild nicht fertig ist, hat es keinen Sinn, über einen einzelnen Mosaikstein zu diskutieren.

INTERVIEW: CHRISTOPH SCHULT



Karnevalistin Kramp-Karrenbauer
„Da muss ich jetzt durch“

hat Mumm“. 50 neue Mitglieder bescherte der Saar-CDU der beherrzte Schnitt, viermal mehr als sonst in einem Monat.

Doch da standen die Zeichen noch auf Große Koalition, Kramp-Karrenbauer saß auf dem Fahrersitz und bot dem SPD-Kontrahenten Heiko Maas, 45, den Sozios an. Inzwischen ließ der sie abblitzen, ist der Landtag aufgelöst, Kramp-Karrenbauer nur noch Ministerpräsidentin auf Zeit. Laut ZDF-Politbarometer liegt die SPD mit 38 Prozent vier Punkte vor der CDU. Und SPD-Chef Maas, seit Jahren belächelt als ewiger Zweiter, ist plötzlich populärer als die Landesmutter.

Innerhalb der CDU wächst der Unmut über „Gretels“ politische Harakiri-Aktion. Vor allem in Berlin kam die Saarbrücker Entscheidung nicht gut an. Die Kanzlerin, die schon genug Probleme mit dem siechenden Koalitionspartner FDP hat, war über die Naivität ihrer Saar-Fürstin alles andere als erfreut.

Angela Merkel betrachtete die Situation im Saarland schon eine Weile mit Sorge. Als Kramp-Karrenbauer ihr kurzfristig mitteilte, die Koalition stehe vor dem Aus, riet Merkel zur Vorsicht: Sei das Ende der Regierung wirklich unvermeidlich? Könne man darauf bauen, dass die SPD als Juniorpartner mitmache? Für die Kanzlerin war Kramp-Karrenbauers Entscheidung schwer nachvollziehbar.

Das hat politische Gründe, aber auch persönliche. Merkel trifft eine Entscheidung in der Regel erst, wenn sie die Konsequenzen abschätzen kann. Für einen impulsiven Schritt, wie ihn ihre Parteifreundin gegangen ist, hat sie wenig Verständnis.

Schlimmstenfalls ist die CDU bald gar nicht mehr in der Saarbrücker Regierung. Doch auch eine Große Koalition – weit aus wahrscheinlicher – passt nicht ins Berliner Kalkül. Zwar weiß die Kanzlerin, dass auch sie nach der Bundestagswahl 2013 womöglich mit den Sozialdemokraten regieren muss. Doch derzeit hat sie genug Probleme, eine argwöhnische FDP bei der Stange zu halten. Da störte bereits das Buhlen Kramp-Karrenbauers um SPD-Mann Maas.

Die Kandidatin spürt, dass sie sich ins Abseits manövriert hat. Bei ihren jüngsten Auftritten wirkte sie blass und angespannt. „Es ist für mich keine Frage, dass ich auch die Konsequenzen meiner Entscheidung trage“, sagt sie, „da muss ich jetzt durch.“ Mindestens ein erfreulicher Auftritt bleibt der Ministerpräsidentin noch: als Putzfrau Gretel nächsten Sonntag bei der „Narrenscha“ in Wadern.

SIMONE KAISER, PETER MÜLLER

SAARLAND

Im Abseits

Mit der Aufkündigung der Jamaika-Koalition hat sich Regierungschefin Kramp-Karrenbauer verkalkuliert – und die Kanzlerin verärgert.

Dass Annegret Kramp-Karrenbauer, 49, sich nicht daran stört, wenn über sie gelacht wird, hätte ihren Parteifreunden seit langem klar sein müssen. Zur Fastnachtszeit steigt die CDU-Politikerin stets mit Kopftuch und Kittelschürze in die Bütt: als Putzfrau Gretel.

„Bevor andere mich auf die Schippe nehmen“, sagt die saarländische Ministerpräsidentin, „erledige ich das lieber selbst.“ Beim Narrenempfang in der Staatskanzlei gab sie kürzlich eine Kostprobe ihres Humors. In diesen stürmischen Zeiten, so die Hobby-Karnevalistin, müsse man sich fragen, wo sich eigentlich mehr Narren tummeln: in der Politik oder außerhalb.

Das war auf die Personalquerelen in der FDP gemünzt, die Regierungschefin hatte gerade die Koalition mit der FDP und den Grünen gekündigt. Doch weil es Kramp-Karrenbauer nicht gelang, mit der SPD eine neue Regierung zu schmieden, halten viele Parteifreunde sie nun selbst für jeck. Bis ins Kanzleramt in Berlin reicht der Unmut darüber, dass sich die Saar-CDU, nach zwei Jamaika-Jahren inhaltlich und nervlich aufgerieben, am 25. März Neuwahlen stellen muss.

Dabei erreichten die Regierungschefin nach der Kündigung der Koalition vor drei Wochen Glückwunschschriften aus der ganzen Republik: „Respekt!“, „Die